

Persönlich



Stadträtin Karin Rykart
Sicherheitsdepartement

Liebe Velofreund*innen

«Es geht keinen Millimeter vorwärts.» Solche Sätze schnappe ich schon mal auf, wenn ich durch meine Accounts in den sozialen Medien scrolle. Ja, die Velo-Community ist ungeduldig und beklagt sich immer wieder, es gehe in der Stadt nicht vorwärts in Sachen Velo. Manchmal kommt es mir vor, als habe sich diese Klage verselbstständigt. Als wolle man gar nicht sehen, was alles geht.

Wenn man hinschaut, und wenn man akzeptiert, dass Fortschritte oft in kleinen Schritten erreicht werden und nicht in grossen Wurfen – dann sieht man einiges:

An der Baslerstrasse haben wir 77 Parkplätze aufgehoben und dafür breite Velostreifen markiert, zusätzlich wurden an den Rotlichtern Haltebereiche fürs Velo angebracht.

Es gibt neu zahlreiche Einspurhilfen und Roteinfärbungen fürs Velo, etwa beim Hubertus oder an der Dörflistrasse in Oerlikon.

Wie an der Baslerstrasse haben wir auch an der Kasernenstrasse und an der Uraniastrasse Parkplätze aufgehoben, wodurch Platz fürs Velo entstanden ist.

Es gibt etwa dreissig Beispiele, wo wir letztes Jahr rasch Verbesserungen fürs Velo umgesetzt haben – sie sind auf einer eigenen Webseite einsehbar mit Vorher-Nachher-Bild.

Seit Anfang Jahr dürfen die Velos an vielen Kreuzungen auch bei Rot rechts abbiegen, was dem raschen Vorwärtskommen dient. Und auch mit Tempo 30 dürfte es in Zürich bald vorwärtsgehen – das wird die Sicherheit für alle verbessern, auch fürs Velo.

Liebe Velofreund*innen, auch ich werde manchmal ungeduldig, wenn Planung und Umsetzung von Veloprojekten Zeit in Anspruch nehmen, wenn Einsprachen diese nochmals verzögern. Aber es geht vorwärts! Ganz aktuell: die Öffnung der Langstrassenunterführung für Velos.

Zwang durch Zeitdruck?

Tagesschule Im Zuge der Umsetzung des Pilotprojekts «Tagesschule 2025» haben mehrere Zürcher Schulen die Mittagspause verkürzt. Zum Nachteil der Schüler, die im Kreis ihrer Familie essen wollen. Mit einer Einzelinitiative wollte Stéphanie von Walterskirchen diese Benachteiligung rückgängig machen – blitzte aber im Gemeinderat ab. **Von Sacha Beuth**

Als 2018 die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher über die Einführung des «Pilotprojekts Tagesschule 2025» abstimmten (und mit 77,3% zustimmten), war im Vorfeld immer wieder die Freiwilligkeit der Tagesschule und des damit verbundenen betreuten Mittagstisches herausgehoben worden. Diese Freiwilligkeit ist aber laut Stéphanie von Walterskirchen nicht mehr gegeben beziehungsweise in Gefahr, wenn ab dem Schuljahr 2023/24 alle Schulen in die Tagesschule überführt werden sollen. Als Grund führt die Hausfrau und Mutter die Verkürzung der Mittagspause von 110 auf 80 Minuten, die viele am Pilotprojekt teilnehmenden Schulen vorgenommen hätten.

«Je nach Örtlichkeit gehen schnell mal 40 bis 60 Minuten für den Weg nach Hause und zurück zur Schule drauf. Dadurch ist es vielen Kindern nicht mehr möglich, in Ruhe über Mittag zu Hause zu essen, zu entspannen und ihre Batterien aufzuladen», erklärt von Walterskirchen und ergänzt: «Kinder haben aber ein Recht dazu. Durch den Zeitdruck wird man als Eltern aber geradezu gezwungen, sein Kind über Mittag in der Schule zu lassen. Das ist eine klare Benachteiligung und Bevormundung für jene Familien, die ihr Kind über Mittag selbst und zu Hause betreuen wollen».

Und Stéphanie von Walterskirchen ist mit dieser Meinung nicht allein. «Bereits vor der Volksabstimmung sprach ich mit Leuten, die über die Pilotversuche Erfahrungen sammelten und die dieser Umstand ebenfalls störte.» Von Walterskirchen besinnt sich der demokratischen Mittel und startet im Frühling 2021 eine Petition. Die nötigen Unterschriften sind schnell zusammen, so dass sie ihre Einzelinitiative «Verzicht auf eine Kür-



Mittagstisch in einer Tagesschule in Zürich. Hier reichen oft 80 Minuten für die Mittagspause, geht das Kind aber nach Hause essen, ist die Zeit oft zu knapp. Bild: PD

zung der Mittagspause im Rahmen der Pilotprojekte und der Umsetzung der Tagesschule 2025» im Gemeinderat einreichen konnte. Dort wurde am letzten Mittwoch über eine «vorläufige Unterstützung» zur weiteren Behandlung des Themas befunden. Doch statt dem nötigen Quorum von 42 Stimmen kamen nur 18 zusammen.

Für die Initiantin eine herbe Enttäuschung. «Immerhin unterstützte mich die EVP und die FDP, nahmen hernach mit mir Kontakt auf und sagten, dass ihnen das Anliegen insgesamt zu weit ginge, gewisse Anpassungen aber durchaus prüfenswert seien. Dagegen kam von linksgrüner Seite nichts.» Auf Anfrage begründen sowohl SP wie GLP ihre Ablehnung damit, dass 80 Minuten betreute Mittagspause in der Schule genug seien. «Dies wurde auch durch eine extern in Auftrag gegebene Befragung bestätigt, laut der 78 Prozent der Befragten die Mittagszeit als ausreichend erachten. Entsprechend sehen wir keinen Handlungsbedarf», schreibt die GLP.

Von Walterskirchen antwortete darauf, dass dies nur für diejenigen Eltern gelte, die ihre Kinder in der Tagesschule hätten. Für die, deren Kinder nicht daran teilnahmen, hielten 43 Prozent die Pause für zu kurz.

Auch die SVP zweifelt, ob 80 Minuten Mittagspause für Schüler generell ausreichend sind. Und auch sie empfindet die um rund einen Drittel verkürzte Mittagspause als Eingriff in die Wahlfreiheit bei der Betreuungsform. Trotzdem sei man (wie die anderen befragten Parteien, die Red.) der Überzeugung, dass die Tagesschule ihre Berechtigung habe. Das sieht auch von Walterskirchen so. «Das Modell Tagesschule per se steht für mich nicht zur Diskussion. Ich wäre in der Vergangenheit selbst froh gewesen, wenn ich meine Kinder über Mittag betreut hätte in der Schule lassen können. Ich will einzig, dass man auch wirklich eine Wahl hat.»

Ihre Meinung zum Thema?
echo@tagblattzuerich.ch

Lust und Frust der Woche – Diesen Monat mit Mischa Schiwow, AL

➔ Wie geht es zwei über 90-jährigen Frauen in Leimbach, nachdem sie von der Kündigung ihrer Wohnung und dem Abruch ihrer Siedlung, in welcher sie 60 Jahre gelebt haben, erfahren haben? Dieser Frage geht Hans Haldimann in seinem berührenden Film «Kleine Heimat» nach, der aktuell im Kino zu sehen ist. Ein Highlight, das ich allen empfehle, die über Verdichtung reden.

➔ Jeden Mittwoch im «Tagblatt» sehe ich die Liste der Baugesuche. Und ich denke sofort an die Menschen, welche ihre Wohnung und häufig auch ihr vertrautes Quartier verlassen müssen, weil sie die neuen Mieten nicht bezahlen können. Nicht nur die Stadt und Genossenschaften, sondern auch Private sollten für bezahlbaren Wohnraum in die Pflicht genommen werden.

